

*Das Bild von Bundeskanzler Willy Brandt in polnischen
Geschichtslehrbüchern und in den Schullehrplänen in
den Jahren 1982 bis 1998**

Der Behandlung der polnisch-deutschen Beziehungen wird in den Lehrplänen für das Fach Geschichte an polnischen Schulen große Bedeutung beigemessen. In dem vorliegenden Beitrag soll untersucht werden, wie Willy Brandt in polnischen Schulbüchern und in den Lehrplänen für das Fach Geschichte an den Schulen dargestellt wird. Meine Überlegungen beziehen sich auf Schulbücher und Lehrpläne, die an staatlichen Schulen in den Jahren 1982 bis 1998 gültig waren. Derzeit wird in der Republik Polen eine Bildungsreform vorbereitet, deren Auswirkungen auf den Inhalt der Lehrpläne noch nicht abzusehen sind und daher in diesem Beitrag noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Das Fach Geschichte spielt an den polnischen Schulen eine große Rolle. Es soll die Schüler mit nationalen und universellen Werten vertraut machen sowie Wissen über Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, deren Funktionsweisen sowie über Aspekte innerer und internationaler Politik in Vergangenheit und Gegenwart vermitteln. Durch das im Geschichtsunterricht erworbene Wissen sollen den Schülern ein Verständnis der eigenen wie der europäischen Geschichte und staatsbürgerliche Werte nähergebracht werden, zu denen im Wesentlichen Achtung vor Demokratie, vor allem Fremden, das Bewusstsein um die Bedeutung der europäischen und globalen Integration sowie Umweltbewusstsein zählen.

Um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft von Staat, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft im Innern und nach außen zu gestalten, müssen die historischen Wurzeln betrachtet werden. Der Lehrplan für den Geschichtsunterricht an den Weiterführenden Schulen (Klasse 9 bis 12) hat einen konzentrischen Charakter. Er baut auf dem in der Primarschule (Klasse 1 bis 8) erworbenen Wissen auf. Unter Berücksichtigung des intellektuellen Entwicklungsstandes der Schüler wird im Lehrplan Wert auf größere Selbständigkeit beim Wissenserwerb gelegt. Dies setzt voraus, dass die Schüler lernen, anstatt sich selbst bloß Informationen zu suchen, diese produktiv

* Herausgeber und Redaktion danken Herrn Adalbert R. Lewandowski, der die Übersetzung aus dem Polnischen besorgte. Ihr Dank gilt ebenso Herrn Martin Mühleck, der wichtige Hinweise für die redaktionelle Überarbeitung gab.

und kritisch umzusetzen sowie ihre Fähigkeit zu sachlicher Diskussion auszubauen. Zugleich sollen sie befähigt werden, das erworbene Wissen bei der Suche nach Problemlösungen einzusetzen.

Die Inhalte, die nach den Lehrplänen für Geschichte in der Primarstufe vermittelt werden sollen, beziehen sich auf gesellschaftliche Probleme und Strukturen, sozialen Wandel, die Funktionsweise des Staates und der Wirtschaft sowie kulturelle Fragen. In den Weiterführenden Schulen wird ein noch vielschichtigeres Bild von der Vergangenheit vermittelt. Hier sollen die Schüler vor allem etwas über historische Phänomene und Prozesse lernen, indem sie nach deren Ursachen und Bedingungen forschen. Sie sollen kurz- und langfristige Konsequenzen abschätzen lernen und Verlaufsregeln historischer Prozesse ermitteln. Dies führt zu einer deutlichen Erweiterung und Vertiefung der Begriffswelt der Schüler, die es ihnen ermöglichen soll, die Vieldeutigkeit und die Wandelbarkeit historischer und soziologischer Begriffe zu erkennen und zu verstehen.

Um den Schülern an den Weiterführenden Schulen ein möglichst objektives Bild von der Vergangenheit zu vermitteln, müssen sie begreifen lernen, dass Geschichte unterschiedlich interpretiert werden kann. Nach dem Lehrplan sollen die Schüler ihre Fähigkeit, selbständig Wissen zu erlangen, sich ein eigenes Bild zu machen und ihre Meinung erfolgreich in einer Diskussion zu verteidigen, in Simulationsspielen, durch Referate oder Verfassen von Rezensionen üben.

Ihre Kenntnis über die Vergangenheit erwerben die Schüler aus unterschiedlichen Quellen. Dabei spielen nicht nur der Geschichtsunterricht, sondern auch die eigenständige Literaturrecherche und Lektüre, Informationen aus den Massenmedien, die Traditionen und Wertvorstellungen der eigenen Familie, Alltagseindrücke und -erfahrungen sowie das in anderen Schulfächern erworbene Wissen eine Rolle. Ziel des Geschichtsunterrichtes ist es, das aus den vielfältigen Quellen gewonnene Wissen zu integrieren und die Schüler zu befähigen, Informationen auszuwählen und zu interpretieren. Dadurch sollen sie sich ein umfassendes Weltbild schaffen können. Um die Ziele des Lehrplanes für Geschichte zu erreichen, muss daher interdisziplinär vorgegangen werden. Historische, ökonomische, soziale, ökologische und literarische Themen müssen miteinander verknüpft werden.

Die Behandlung des Themas Deutschland und der polnisch-deutschen Beziehungen im Geschichtsunterricht an den Primar- und Weiterführenden Schulen wurde seit dem Zweiten Weltkrieg in Polen gewiss durch die traumatischen Ereignisse geprägt, die das Land im Verlauf dieses Jahrhunderts durchlitten hat. Die Systemgegensätze zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Polen fielen zusätzlich

ins Gewicht. Diese Bedingungen hatten u. a. zur Folge, dass gemeinsame und verbindende Elemente in den polnisch-deutschen Beziehungen, die seit dem Mittelalter nachzuvollziehen sind, zulasten der Darstellung von Konflikten und Katastrophen stark in den Hintergrund gedrängt wurden.

Grundsätzlich ist zu beobachten, dass das von polnischen Schulbuchautoren vermittelte Geschichtsbild oft undifferenziert und einseitig ist. Die Darstellungen sind häufig von Emotionen und Stereotypen geprägt. In den Geschichtsbüchern herrscht zumeist ein stark polnisch-patriotischer Grundton vor. Der Ansatz, historische Ereignisse und Entwicklungen auch aus der Sicht der anderen zu kommentieren, ist kaum populär.

Ohne Zweifel bietet sich bei der Behandlung der Person Willy Brandt im Geschichtsunterricht die Gelegenheit, positive Aspekte der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen herauszuarbeiten. Auf die Politik des früheren Bundeskanzlers wird in der 8. Klasse der Primarstufe, in der 4. Klasse des Allgemeinbildenden Lyzeums bzw. Technikums (entspricht der Jahrgangsstufe 12 in Deutschland) und in der 3. Klasse des Berufsbildenden Lyzeums (entspricht der Jahrgangsstufe 11 in Deutschland) eingegangen. Das wiederholte Aufgreifen des Themas in unterschiedlichen Schul- bzw. Jahrgangsstufen ist auf eine „spiralförmig“ angelegte Geschichtsdidaktik zurückzuführen.

In allen Geschichtsbüchern für den Unterricht in der 8. Klasse der Primarschule, die vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft in Warschau zugelassen sind, ist jeweils ein Kapitel Willy Brandt und der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland gewidmet. Werden die Inhalte der Bücher miteinander verglichen, lässt sich eine weitgehende Übereinstimmung bei der Auswahl der darzustellenden historischen Fakten feststellen. Unterschiede beruhen auf der Akzentuierung einzelner Elemente der Neuen Ostpolitik und auf der grafischen Gestaltung.

Stanisław Sierpowski, Autor eines Lehrbuches für die 8. Klasse, betont in dem Kapitel „Die unverletzliche polnisch-deutsche Grenze“ die Ausnahmeerscheinung Brandts als Initiator der Neuen Ostpolitik. Der Autor weist auch auf die große internationale Würdigung der Arbeit Willy Brandts hin, wie sie namentlich in der Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis im Jahre 1971 zum Ausdruck kam. Der Text über die Unterzeichnung des Vertrages in Warschau vom 7. Dezember 1970 und über die damit erfolgte Bestätigung der Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen wird durch ein Foto ergänzt, das Józef Cyrankiewicz, Władysław Gomułka und Willy Brandt zeigt.

Ein Kapitel in einem vergleichbaren Schulbuch von Maciej Milcarczyk und Andrzej Szolc beschäftigt sich mit den Krisen in Polen in den Jahren 1968 und 1970. Es trägt

den Titel „Auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland“. Darin werden die ab Februar 1970 in Warschau geführten Gespräche beschrieben, die den Entwurf eines Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel hatten und im Dezember desselben Jahres schließlich erfolgreich mit der Vertragsunterzeichnung beendet wurden. Die Autoren betonen, dass sich in dem Vertragswerk beide Seiten zur gegenseitigen Achtung ihrer territorialen Integrität, zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen verpflichteten. Im gesamten Buch wird allerdings der Name von Bundeskanzler Willy Brandt nicht erwähnt. Die Autoren konzentrieren sich im weiteren Verlauf des Kapitels auf die Arbeiterunruhen an der polnischen Ostseeküste vom Dezember 1970, die kurze Zeit später zum Sturz Władysław Gomułkas, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), führten.

Größere Aufmerksamkeit wird der Politik Willy Brandts durch Andrzej Leszek Szczyński gewidmet. Sein Geschichtsbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen enthält im Kapitel „Die Neue Ostpolitik der BRD“ folgende Stichworte:

- Der Hitlergegner Willy Brandt wird zum Bundeskanzler gewählt (der Autor verweist auf das Kapitel über den Friedensnobelpreis);
- Unterzeichnung der Verträge mit der UdSSR und Polen im Jahre 1970;
- die Bundesrepublik Deutschland erkennt die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa an;
- das westdeutsche Parlament ratifiziert 1972 die Ostverträge;
- weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in der Folgezeit;
- Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten.

Dabei beziehen sich die beiden letztgenannten Stichpunkte bereits in großen Teilen auf die Politik Helmut Schmidts, der im Mai 1974 die Nachfolge Willy Brandts im Amt des Bundeskanzlers antrat.

In einem weiteren Geschichtslehrbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen von Elżbieta und Jerzy Centkowski mit dem Titel „Die Wege zur Freiheit“ wird die Politik Willy Brandts im Kapitel „Zwischen Konfrontation und Entspannung“ behandelt. Die Autoren setzten dabei folgende Schwerpunkte:

- das Jahr der Übernahme des Kanzleramtes durch Willy Brandt;
- sein Wirken als sozialdemokratischer Politiker und seine Wurzeln in der Sozialdemokratie;

- der Charakter der Außenpolitik Willy Brandts, auch als „Politik der Verständigung und Versöhnung“ bekannt;
- das Datum der Unterzeichnung des polnisch-deutschen Vertrags (7. Dezember 1970);
- die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Die genannten Stichworte wurden im Text fett hervorgehoben. Am Ende dieses Kapitels stellen die Autoren fest, dass die Politik Willy Brandts in den darauf folgenden Jahren die Grundlage für die Entspannung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, ja in ganz Europa bildete.

In einem Lehrbuch für die 8. Klasse an den Primarschulen von Tadeusz Glubiński wird Willy Brandt im Kapitel „Die Ostpolitik der BRD“ als Urheber der Neuen Ostpolitik vorgestellt und dieser Ansatz mit der Außenpolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer verglichen. Adenauer – so heißt es dort – „[...] führte eine harte Politik gegenüber den östlichen Staaten, ohne dabei das Risiko einzugehen, die Unterstützung des Westens zu verlieren. Die BRD-Regierung lehnte die Anerkennung der Grenze mit Polen an Oder und Neiße ab, sie unterstützte die Tätigkeit und die propagandistischen Aktionen von Seiten der Umsiedlerverbände. [...] Sie befolgte die so genannte Hallstein-Doktrin, die die Existenz eines zweiten deutschen Staates verneinte und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Staaten (mit Ausnahme der UdSSR) empfahl, die die DDR anerkannten.“

Der Autor stellt fest, dass in der sozialliberalen Koalition unter dem Kanzler Brandt eine Neue Ostpolitik eingeleitet wurde, die in den Verträgen mit der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien mündete. Durch diese Politik sei erst die Grundlage für eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Ost- und Südosteuropas geschaffen worden.

In den Geschichtsbüchern für die Weiterführenden Schulen wird die Politik Willy Brandts in einem etwas breiteren Kontext behandelt. Andrzej Garlicki, Autor eines Schulbuches für Allgemeinbildende Lyzeen (Jahrgangsstufe 9 bis 12) mit dem Titel „Geschichte 1939 bis 1996/97“, geht auf die Ostpolitik Willy Brandts im Kapitel „Polen und die Welt“ ein, das sich u. a. der innenpolitischen Lage am Ende des Jahres 1970 widmet. Garlicki bezeichnet den Abschluss des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen als einen Erfolg Władysław Gomułkas: „Gomułka errang einen unzweifelhaften außenpolitischen Erfolg. Im Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen brachte er am 7. Dezember 1970 in Warschau im Rahmen eines dreitägigen Besuches

von Willy Brandt (eines Sozialdemokraten) die Unterzeichnung eines Vertrags über die Normalisierung der Beziehungen BRD-VRP zustande.“

In den weiteren Ausführungen dieses Kapitels geht der Autor auf die Bestimmungen des „Warschauer Vertrages“, auf den zuvor bereits im Oktober 1970 unterzeichneten Vertrag über die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen und auf den Moskauer Vertrag vom August 1970 ein. Garlicki weist zudem darauf hin, dass der Besuch von Bundeskanzler Brandt in Polen bei den internationalen Presseagenturen seinerzeit große Beachtung fand und dass das Bild vom Kniefall des Kanzlers vor dem Mahnmahl für die ermordeten Juden im Warschauer Ghetto um die Welt ging. Diese Geste Willy Brandts wertet Garlicki als „edel“ und „ergreifend“.

In seinem Geschichtsbuch für die 4. Klasse an den Allgemeinbildenden Lyzeen (entspricht der Jahrgangsstufe 12 in Deutschland) mit dem Titel „Geschichte 4. Polen in der Gegenwart 1944-1989“ geht Roman Tusiewicz im Kapitel über die „Internationale Situation in den sechziger Jahren“ auf die Vorgeschichte des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ein. Er führt dabei folgende Ereignisse an:

- die so genannte Friedensnote von Bundeskanzler Ludwig Erhard über die Bereitschaft der Bundesrepublik, gutnachbarliche Beziehungen mit den Staaten Osteuropas zu pflegen;
- den Aufruf von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger vom Dezember 1966 zur Versöhnung mit Polen;
- die Konferenz der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlsbad im Jahre 1967;
- die Bereitschaft Władysław Gomułkas, im Namen der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vertrag mit der Bundesrepublik zu schließen.

Der Autor verzichtet auf eine detaillierte Analyse dieser Begebenheiten, die er als Schritte auf dem Weg zur Unterzeichnung des Vertrages von Warschau sieht. Größeren Raum widmet Tusiewicz den Verhandlungen, die von Februar bis Dezember 1970 in Warschau geführt wurden. Die Person Willy Brandt wird dabei einmal erwähnt. Im Buch ist ein Foto von der Unterzeichnung des Vertrages abgebildet. In einem gesonderten Quellenteil lässt sich der Inhalt des Abkommens nachlesen.

Anna Pankiewicz, Autorin eines Schulbuches mit dem Titel „Polen und die zeitgenössische Welt“, erinnert an Willy Brandt im Kapitel „BRD und Westeuropa“. Sie geht dabei weniger auf die Vertragspolitik des Bundeskanzlers im Einzelnen ein, sondern betont stärker Brandts Beitrag zum Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Im Verlauf dieses Prozesses habe sich

Bundeskanzler Brandt bemüht, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR, Polen und der UdSSR durch Unterzeichnung der Ostverträge zu normalisieren.

Die Autoren eines weiteren Lehrbuches für die Weiterführenden Schulen mit dem Titel „Geschichte 1945 bis 1990“, Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski, behandeln die Ära Brandt in einem Kapitel, das der politischen Lage in Europa während der sechziger Jahre gewidmet ist. In der Passage über die Bundesrepublik Deutschland, die u. a. durch ein Foto von Willy Brandt illustriert wird, vergleichen Radziwiłł und Roszkowski die Politik der Regierungen unter Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt. Im Zusammenhang mit Bundeskanzler Brandt heben die Autoren besonders hervor:

- seine Verwurzelung in der Sozialdemokratie („Führer der SPD“);
- das Datum seiner Wahl zum Bundeskanzler (21. Oktober 1969);
- wichtige politische Entscheidungen der sozialliberalen Koalition (Auflösung des Vertriebenenministeriums; die Entscheidung, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beizutreten);
- den Beginn der Neuen Ostpolitik;
- die Unterzeichnung der Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen als Beginn der Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas.

Mit Blick auf den letzten Punkt verzichten die Autoren allerdings darauf, näher auf den Inhalt dieser Verträge einzugehen.

Stanisław Sierupowski, Autor eines Lehrbuches mit dem Titel „Neueste Geschichte 1918 bis 1997“, stellt im Kapitel über die polnische Politik in den sechziger Jahren die Beziehungen zur Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Periode der Scheinstabilität im „System Gomułka“ dar. Er hält diesen Abschnitt in der polnischen Nachkriegsgeschichte für sehr wesentlich und betont in diesem Zusammenhang vor allem folgende Ereignisse:

- Gomułkas Signal vom Mai 1969, einen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland schließen zu wollen unter der Bedingung, dass die bestehende Grenze als endgültige Westgrenze Polens anerkannt wird;
- die Aufnahme der Verhandlungen mit der Bundesregierung unter Willy Brandt mit dem Ziel, einen Vertragstext auszuhandeln;
- die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR in Moskau vom August 1970;
- die Unterzeichnung des Vertrages „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer

gegenseitigen Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen am 7. Dezember 1970 in Warschau durch Bundeskanzler Willy Brandt und Premierminister Józef Cyrankiewicz.

Der Autor liefert eine Kurzanalyse des „Warschauer Vertrages“ und unterstreicht dessen Bedeutung für die Sicherung der politischen Stabilität in Europa.

Schulbücher sind nicht die einzigen Quellen, aus denen die Schüler ihr Wissen schöpfen können. Sie können auch auf eine Reihe von Lexika und Enzyklopädien, auf Wörterbücher, Textsammlungen sowie populärwissenschaftliche bzw. wissenschaftliche Abhandlungen zurückgreifen. Gewöhnlich sind in diesen Werken auch weiterführende Hinweise zu finden, auf die die Lehrer ihre Schüler aufmerksam machen sollten.

So haben Teresa Maresz und Krzysztof Juszczyk für die Primarschulen („Geschichte in Quellentexten“) sowie Jerzy Eisler und Melania Sobańska-Bondaruk für die Weiterführenden Schulen („Geschichte 1789 bis 1990“) Quellensammlungen herausgegeben. In diesen Editionen ist u. a. der Text des „Warschauer Vertrages“ abgedruckt.

Abschließend ist anzumerken, dass interessierte Schüler, die sich näher mit der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen und mit der Ära Brandt befassen wollen, dies z. B. in „Geschichts-Arbeitsgemeinschaften“ oder anderen Zirkeln an den polnischen Primar- und Weiterführenden Schulen tun können.

Aus der Untersuchung der Geschichtsbücher, die das polnische Bildungsministerium für die Verwendung an den Primar- und Weiterführenden Schulen zugelassen hat, ergibt sich, dass dem im Dezember 1970 unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in den Kapiteln über die polnisch-deutschen Beziehungen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Generell wird die Person des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt im Lichte der Neuen Ostpolitik sehr positiv gesehen.